

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Der **Krieg im Nahen Osten** hält an und erfüllt viele Menschen in Deutschland mit Sorge. Sie fürchten sich vor einem Flächenbrand, vor Terror, aber auch vor weiteren Auswirkungen auf unser Land.

Als konkret spürbare Auswirkung des Krieges treiben uns hier in Deutschland in besonderer Weise die aktuell sehr **hohen Spritpreise** um. Sie belasten Wirtschaft und Verbraucher gleichermaßen. Daher beraten wir in dieser Woche ein Gesetz, mit dem wir die Häufigkeit der Preisänderungen an der Tankstelle einschränken.

Die Bundesregierung hat in der letzten Woche außerdem entschieden, einen Teil der Ölreserven freizugeben. Mit diesem international abgestimmten Vorgehen nehmen wir Druck aus dem Markt. Überaus kritisch sehen wir hingegen die Lockerung der Ölsanktionen durch die USA gegenüber Russland – gerade in einer Zeit, in der die Ukraine sich weiterhin in schweren Kämpfen gegen Russland befindet.

Weiterhin hat die **Taskforce "Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges"** der Koalitionsfraktionen Anfang der Woche ein weiteres Mal getagt. Bei diesem Treffen erfolgte ein Austausch mit dem Bundeskartellamt und der Monopolkommission zur Einschätzung der aktuellen Lage auf dem Kraftstoffmarkt. Ebenso waren Vertreter der Mineralölwirtschaft, deren Preispolitik wir sehr kritisch hinterfragt haben, des ADAC und der Verbraucherzentrale dazu eingeladen.

Im Bundestag stehen in dieser Woche die **Regierungserklärung des Bundeskanzlers** und die **Debatte zum Europäischen Rat** im Fokus. Es geht u.a. um den Krieg im Iran und seine Auswirkungen sowie das für uns so zentrale Thema der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Das ifo-Institut und das Institut der deutschen Wirtschaft haben durch Bewertungen des Mitteleinsatzes des **Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)** Fragen rund um den Einsatz der Mittel hervorgerufen. Zunächst einmal stand und steht für uns im Mittelpunkt, dass wir mit den Entscheidungen aus 2025 zum SVIK und den Regelungen zur sog. Bereichsausnahme dringend notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit finanzieren können. Für uns ist dabei klar, diese Schulden sind nur tragfähig, wenn sie nachhaltiges Wachstum erzeugen. Deswegen werden wir weiterhin als Haushaltsgesetzgeber die Ausgaben aufmerksam und

kritisch begleiten. Das Bundesministerium der Finanzen weist darauf hin, dass es sich bei den Ausgaben des SVIK um zusätzliche Investitionen in die Modernisierung des Landes handelt, die die Investitionen aus dem Kernhaushalt ergänzen. 2025 konnten die Investitionsausgaben dadurch im Vergleich zu 2024 um circa 17 Prozent gesteigert werden (von insgesamt rund 87 Mrd. Euro entfielen 24 Mrd. Euro auf das SVIK).

Die im Deutschen Bundestag vereinbarte Investitionsquote von 10 Prozent im Kernhaushalt als das maßgebliche Kriterium für die „Zusätzlichkeit“ der Investitionen wird sowohl 2025 als auch für den Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 eingehalten.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Wir ergreifen Maßnahmen gegen hohe Spritpreise

Mit der **Einbringung des Gesetzes zur Einführung eines Gesetzes zur Anpassung von Kraftstoffpreisen und zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen** reagieren wir auf die stark gestiegenen Spritpreise. Mit diesem „Kraftstoffmaßnahmenpaket“ werden wir zum einen die Häufigkeit der Preisänderungen einschränken (sog. österreichisches Modell). Tankstellen dürfen nur noch einmal am Tag, um 12 Uhr, ihre Preise für Kraftstoffe erhöhen. Dagegen sind Preissenkungen jederzeit zulässig. Zum anderen werden wir die Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel durch eine Umkehrung der Darlegungs- und Beweislast zugunsten der Kartellbehörden verschärfen und die Sektoruntersuchungen wirksamer machen. Damit wollen wir den Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt stärken.

Freiheit mit Verantwortung neu justieren – Wissenschaft stärken, Innovationen ermöglichen

Mit der ersten Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten **Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes setzen** wir ein klares Standortsignal. Wir vertrauen unserer Wissenschaft und geben ihr die Instrumente an die Hand, die sie im internationalen Vergleich braucht. Um im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen und mit ihrer Forschung einen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen zu können, sollen projektgeförderte gemeinnützige Forschungseinrichtungen künftig ihre Beschäftigten durch die Zahlung von Gehältern oder Gehaltsbestandteilen besserstellen dürfen als vergleichbare Bundesbeschäftigte, soweit sie dafür keine öffentlichen Mittel einsetzen. Wir stärken damit die Freiheit der Forschung und schaffen gleichzeitig klare Regeln für Verantwortung und Transparenz.

Digitalisierung der Zwangsvollstreckung

Mit dem **Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung** geben wir dem bisherigen Verfahren ein echtes Upgrade. Es wird ohne unnötige Brüche im Informationsfluss schneller, effizienter und praxistauglicher – für Gerichte, Gläubiger und Schuldner. Urkunden, die die Vollstreckungsvoraussetzungen belegen, können künftig digitalisiert und elektronisch übermittelt werden. Wir sparen unnötiges Papier und Bürokratie, wo sie überflüssig ist, um die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaats zu stärken.

Wir geben der Anwendung Künstlicher Intelligenz einen Rahmen

Die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Umsetzungsgesetzes der **europäischen KI-Verordnung** in dieser Woche ist der Auftakt für eine intensive parlamentarische Beratung im Spannungsfeld von Vertrauen, Sicherheit und Innovationen. Unser Ziel ist es, die europäischen Vorgaben in praxistaugliches Recht umzusetzen, um Unternehmen und Behörden die nötige Rechtssicherheit zu geben.

Außerdem sieht der Gesetzesentwurf vor, dass für die Notifizierung von KI-Systemen auf bestehende Strukturen und behördliche Expertise zurückgegriffen wird, um Doppelarbeit zu vermeiden und bewährte Fachkompetenz zu nutzen. Das stellt sicher, dass die hohen europäischen Standards für Sicherheit, Transparenz und Überwachung von Hochrisiko-KI-Systemen effektiv gewährleistet bleiben und gleichzeitig der bürokratische Aufwand so gering wie möglich gehalten wird.

Wir vergewissern uns unserer eigenen, erfolgreichen Freiheits- und Demokratiegeschichte

Dieses Jahr wird der 18. März zum ersten Mal mit dem „Tag der Demokratiegeschichte 2026“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten als ein bundesweiter Aktionstag zur Würdigung unserer Demokratiegeschichte begangen. Aus diesem Anlass greift der Antrag der Koalition den 18. März als historischen Tag unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte auf und würdigt die Bedeutung der Erinnerungsarbeit an zentralen Orten wie Rastatt, Frankfurt am Main oder Weimar. Wir wollen den 18. März bundesweit als jährlichen Tag der Demokratiegeschichte begehen.

Kabinett

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche u.a. die **Wirtschaftsschutzstrategie** beschlossen. Ihr Ziel ist die Stärkung der Resilienz deutscher Unternehmen, ihrer Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie ihrer Forschung, Innovationen und Entwicklung gegenüber sicherheitsbezogenen Herausforderungen und Bedrohungen im Kontext der Gesamtverteidigung. Ausgangspunkt waren die im Februar 2024 vorgestellten Eckpunkte der Nationalen Wirtschaftsschutzstrategie.

Des Weiteren wurde die **Rechenzentrumsstrategie** verabschiedet. Diese verfolgt das Ziel, Deutschland zu einem führenden und attraktiven Standort für Rechenzentrumskapazitäten zu entwickeln. Bis 2023 sollen die Rechenzentrumskapazitäten in Deutschland mindestens verdoppelt und die für High- Performance-Computing und die Nutzung von Künstlicher Intelligenz vervierfacht werden. Die enthaltenen 28 Maßnahmen konzentrieren sich auf folgende drei Handlungsfelder: Energie und Nachhaltigkeit, Standort und Fläche sowie Technologie und Souveränität.

Das Bundeskabinett hat außerdem das **antraglose Kindergeld** beschlossen. Es soll künftig ohne Antragstellung ausgezahlt werden können. Mit diesem Beschluss werden bürokratische Hürden für Familien abgebaut. Die neue Regelung soll ab dem Frühjahr 2027 zunächst für Familien gelten, die bereits Kinder haben und Kindergeld beziehen. Dieses Gesetz ist Teil der Modernisierungsagenda.

Weitere Informationen zu den Kabinettsitzungen finden Sie [hier](#).

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Wir sorgen dafür, dass der Preis an der Zapfsäule nicht alle paar Minuten geändert werden kann. Wir haben gesehen, dass das bis zu 22-mal am Tag passiert. In Zukunft dürfen die Tankstellen den Preis einmal pro Tag erhöhen – senken geht immer.“

„Mit unserem Bundeskanzler gibt es wieder Führung in Europa auf Augenhöhe mit den USA und China. Friedrich Merz belehrt nicht, er vertritt unsere nationalen Interessen. Klar im Ton und besonnen in der Sache.“

Alexander Hoffmann:

„Diese Koalition lässt die Menschen mit den steigenden Spritpreisen nicht alleine. Unser Spritpreispaket setzt auf mehrere Instrumente: Die Freigabe der Ölreserven, die Beweislastumkehr im Kartellrecht und das österreichische Modell, das eine Preiserhöhung nur noch einmal am Tag erlaubt.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.